

2010-11-08

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
gemeinsam mit dem
Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus
am 20.10.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion der CDU
Trocha, Harald

Fraktion der CDU
Mau, Hans-Joachim

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald
Pätzold, Hans-Joachim

Vertreter für Herrn Schönemann

Fraktion der SPD
Laue, Harald
Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Schmidt, Holger Prof. Dr.

Fraktion der FDP
Neubert, Jürgen Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der gemeinsamen Sondersitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit beider Gremien

Nach der Begrüßung durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, und **Herrn Trocha, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellten sie die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sondersitzung sowie die Beschlussfähigkeit beider Gremien fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung stellte **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, den **Antrag**, die Tagesordnungspunkte 3.1 „Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus“ und 3.2 „Maßnahmebeschluss zur erforderlichen technischen Anpassung der Rettungsleitstelle an den Digitalfunk, Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung“ zu tauschen.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus:

10 : 0 : 0

Herr Trocha, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, stellte die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt:

9 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde in der geänderten Form einstimmig bestätigt.

3. Öffentliche Beschlussvorlagen

3.1. Maßnahmebeschluss zur erforderlichen technischen Anpassung der Rettungsleitstelle an den Digitalfunk, Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung. Vorlage: DR/BV/383/2010/II-37

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus:

10 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert, einstimmig beschlossen.

3.2. Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus **Vorlage: DR/BV/414/2010/VI-80**

Durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, wurde der Antrag zur Erteilung des Rederechts für Herrn Prof. Oswald und Herrn Prof. Dr. Feige gestellt.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus:

10 : 0 : 0

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt:

9 : 0 : 0

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, führte mit einer Darstellung des bisher abgelaufenen Prozesses ein. Nach einer Vor-Ort-Begehung mit Herrn Markworth, Herrn Prof. Oswald und Herrn Lambrecht am Standort Sieben Säulen wurden übereinstimmend die hervorragende und einzigartige Kulturachse und die ehemalige Buchhandlung als zukunftsfähiger Bereich gewürdigt. In der Weiterentwicklung des Themas Besucher- und Ausstellungszentrum habe man zwischenzeitlich an der Qualifizierung der Idee gearbeitet. Die laufenden Baumaßnahmen am Kreisel werden in ihrem Ergebnis zu einer Scharnierfunktion der angrenzenden Bereiche beitragen. Mit der Kurt-Weill-Gesellschaft und der Hochschule Anhalt verfüge man über eine Konzentration von Kultur und Wissen im nahen Umkreis.

In der weiteren Bearbeitung wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt und Abstimmungen mit verschiedenen Ministerien und dem Landesverwaltungsamt getroffen.

Den Überlegungen gegenüber stehe die Festlegung im Zentrenkonzept, eine Konzentration von Nutzungen am Schlossplatz herbeizuführen, so dass man in der Folge einen Vergleich verschiedener Standorte im Stadtgebiet erarbeiten ließ.

Als Grundvoraussetzung für die Umsetzung des Projekts unter den aktuellen haushalterischen Zwängen bezeichnete Herr Beigeordneter Hantusch die Zusammenarbeit eines zielorientiert arbeitenden Teams. Wie bereits im Projekt Meisterhäuser stehen hierfür die Herren Oswald und Hantusch zur Verfügung.

Abschließend sei anzumerken, ohne den Äußerungen von Herrn Prof. Dr. Feige vorzugreifen, dass man Touristenströme leiten könne, aber nicht versuchen solle, sie zu vergewaltigen. Der Standort Sieben Säulen habe gerade in seiner touristischen Bedeutung seine Stärke.

Herr Prof. Oswald, Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau, dankte eingangs für die Möglichkeit das Projekt und flankierende Vorhaben an dieser Stelle vorstellen zu können. Er stellte im Folgenden das Zehnjahresprogramm der Stiftung Bauhaus vor und erläuterte die Konkurrenzsituation mit den Städten Berlin und Weimar.

Das Zentrenkonzept der Stadt Dessau-Roßlau aus dem Jahr 2009 habe gerade dem Bauhauserbe eine gewichtige Rolle beigemessen. Zum Besucher- und Ausstellungszentrum stellte er die Notwendigkeit des Vorhabens, die damit verbundenen Ziele sowie die Ergebnisse einer durch das Bauhaus durchgeführten Besucherbefragung dar. Im Kontext der Beschlüsse zu den Meisterhäusern wies er auf die räumlichen Defizite der bestehenden Gebäude hin und beschrieb als Zielvorgabe, die Herauslösung von Funktionen aus dem Direktorenhaus.

Abschließend erläuterte er das Raumprogramm, die Nutzungen und Inhalte des geplanten Besucher- und Ausstellungszentrum.

Herr Prof. Dr. Feige, dwif-Consulting GmbH Berlin, erklärte eingangs, dass für den Standortvergleich eine Kurzexpertise über einen Zeitraum von vier Wochen erarbeitet wurde und man sich aus diesem Grund in der Bearbeitung stark konzentrieren musste. Man habe eine Prüfung aus touristischer Sicht und eine Auseinandersetzung des inhaltlichen Konzepts im Vergleich zu

anderen Angeboten durchgeführt. Im Ergebnis liege eine Standortabwägung für das geplante Vorhaben vor.

Zur Thematik Saisonverteilung mit Besucherspitzen sei eine Sommerdominanz, erhöhter Ausländeranteil und vordergründig Tagestourismus festzustellen.

Zur Marktsituation beschrieb er die Erlebnisorientierung, Edutainment sowie die Herausbildung eines klaren Themas, einer Marke als Erfolgsfaktoren. Eine lebhaft und unterhaltsame Darstellung des Themas müsse im Vordergrund stehen, verändernde Besuchsansätze müssen berücksichtigt werden. Die Marke Bauhaus sei in der Betrachtung über dem UNESCO-Prädikat einzuordnen.

Im Wettbewerbsvergleich mit Berlin und Weimar sei künftig mit einer Verstärkung der Konkurrenz aus Richtung Weimar zu rechnen. Demzufolge sei am Standort Dessau die Erarbeitung einer individuellen Position notwendig. Dabei habe die Stadt mit ihrem Lagevorteil und der inhaltlichen Ausrichtung der Blütephase des Bauhauses eine gute Ausgangsposition.

Im Bereich Marketing mangle es derzeit an einem klaren Bekenntnis der Stadt zum Bauhaus. Man vermarkte dieses Thema eher halbherzig und agiere sehr verhalten. Unabhängig von der Errichtung eines Besucher- und Ausstellungszentrums müsse man hier eine Forcierung der Bemühungen anstreben und die Bauhaus-Dekade nutzen.

Bei der Standortfrage eines künftigen Besucher- und Ausstellungszentrums orientiere man sich an einem Flächenbedarf von ca. 2.220 m² für das Zentrum, 2.600 m² für die notwendigen Stellplätze und ca. 100.000 Besuchern im Jahr. Infrage kommende Standorte wurden über das Kriterium verfügbare Fläche und mögliche Erweiterungsoptionen ausgewählt. Weitere wichtige Kriterien seien aus touristischer Sicht zu beachten.

Nach Wichtung der Kriterien ergeben sich eine Rangfolge der untersuchten Bereiche und die höchste Bewertung für den Standort Sieben Säulen.

Zusammenfassend und empfehlend merkte Herr Prof. Dr. Feige an, dass man mit dem Bauhaus über ein einzigartig zu profilierendes Thema für die Vermarktung der Stadt verfüge, dass eine professionelle Auseinandersetzung mit der Konkurrenzsituation nötig und entsprechende Kooperationsstrategien zu erarbeiten seien, dass das eigene Profil zu stärken und ein klares Bekenntnis hin zur Bauhausstadt Dessau erforderlich sei.

Die Rückfrage von **Herrn Bähr, Fraktion der FDP**, hinsichtlich des Auftraggebers über die Studie beantwortete **Herr Beigeordneter Hantusch** mit der Stadt als Auftraggeber.

Mit Verweis auf die äußerst positive Darstellung des Standorts Sieben Säulen stellte **Herr Bähr** als offene Frage die Lösung des Parkplatzproblems heraus.

Das Parken sei die Herausforderung am Standort Sieben Säulen, bestätigte **Herr Prof. Dr. Feige**. Hier sei die Idee entwickelt worden, das Viertel um das geplante Zentrum und die Bauhausstätten einzubeziehen. Man könne auf dem Grundstück 48 Stellplätze nachweisen, so **Herr Prof. Oswald**. Das belege die Studie. Weitere Kapazitäten bieten die Parkplätze des Bauhauses, der Hochschule und der Agentur für Arbeit.

Die genannten Parkplätze seien in der Regel gut gefüllt, gab **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau** zu bedenken. Entsprechend den Forderungen des Bauausschusses sei der Standort Schlossplatz in die Abwägung einzubeziehen. Für seine Fraktion bat er um die Zurverfügungstellung der Aufgabenstellung zur Erarbeitung der Studie. Auch sei die zitierte Befragung von Bauhaustouristen als einseitig zu bezeichnen. Nicht beachtet wurden die Besucherströme innerhalb der Stadt und, ob das Besucherzentrum für alle Welterbestätten zur Verfügung stehen sollte. Zusammenfassend müsse man feststellen, dass derzeit noch Defizite zur angestrebten Entscheidungsfindung vorliegen.

Auch für die Alternativstandorte sei die Flächenbetrachtung vorliegend, so **Herr Prof. Dr. Feige**. Das Hauptinteresse der Besucher sei architekturgeprägt und das Thema Bauhaus biete hier das größte Potential. Man könne hier den entscheidenden Impuls bei der Positionierung der

Stadt als Bauhausstadt setzen. Die Parkplatzfrage sei auch am Standort Sieben Säulen zu lösen.

Zur von Herrn Otto kritisierten Studie bemerkte **Herr Prof. Oswald**, dass es sich hierbei nicht um eine Befragung von Bauhaustouristen handele, sondern um eine landesweite Befragung der Besucher Dessaus aus dem Jahr 2005. Dabei fiel ein hoher Prozentsatz auf die Besucher des Bauhauses.

Da entsprechend der Beschlussvorlage die Betriebsführung des Besucher- und Ausstellungszentrums durch das Bauhaus gewährleistet werde, sei die Frage offen, so **Herr Bähr**, wer als Eigentümer und wer als Bauherr fungiere.

Man habe am heutigen Tag Herrn Minister Haseloff zu Gast gehabt, informierte **Herr Beigeordneter Hantusch**, und sich zum Besucher- und Ausstellungszentrum positioniert. Die Stadt werde die Fördermittel beantragen und Eigentümer des Zentrums sein. Das Bauhaus werde die Betreuung übernehmen, was nur in unmittelbarer Nähe zum Bauhaus funktionieren würde. Für die Klärung der Finanzierung und die Umsetzung sei ein enger Zeitrahmen gesetzt.

Eine deutliche Schwerpunktsetzung auf die Marke Bauhaus sei notwendig, positionierte sich **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, und fragte nach den Erfolgsaussichten eines solchen Zentrums für die anderen Welterbestätten.

Wichtig und einzig Erfolg versprechend seien eine klare Themenstellung und eine inhaltliche Konzentration für ein solches Zentrum, antwortete **Herr Prof. Feige**. Eine Vielfalt sei hierbei nicht förderlich. Er könne nur dazu raten, sich auf das Bauhaus zu konzentrieren.

Dass das Bauhaus die stärkste Marke darstelle, sei unstrittig, so **Herr Otto**. Ob ein zusätzliches Zentrum für die anderen Welterbestätten nötig bzw. leistbar ist, sei fraglich. Ein Schlechttreden des Standortes Schlossplatz sei jedoch unnötig.

Man habe hier eine Lösung für das Bauhaus zu bewerten, erklärte **Herr Bähr**. Für die Innenstadt müsse man künftig weiter an einer Lösung arbeiten.

Dies verliere man nicht aus den Augen, bestätigte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Die Innenstadt sei weiter zu konzentrieren und zu qualifizieren.

Die Chance für das Besucher- und Ausstellungszentrum sei zu nutzen und partnerschaftliche Konzepte zur Stärkung der Innenstadt zu entwickeln, so **Herr Mau**.

Auf weitere Defizite in der Innenstadt wies **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, mit der Brauerei in der Langen Gasse hin. Für den Schlossplatz sei die Verfügbarkeit der Flächen fraglich. Für ihn stelle – im Vergleich zu anderen Bereichen – der Schlossplatz keine oberste Priorität dar.

Die Aussagen von Herrn Busch bestätigte **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**. Die Handlungsmöglichkeiten der Stadt hinsichtlich der Bebaubarkeit seien am Standort Sieben Säulen wesentlich besser, da Eigentümerin die DWG ist und man sich hier im Sanierungsgebiet befindet. Die Eindeutigkeit eines Konzepts sei entscheidend. Am Schlossplatz verfüge man über ein Mischkonzept mit höheren Kosten und schlechterer Finanzierbarkeit. Die einzige Chance habe man am Standort Sieben Säulen, um auch im Hinblick auf das Bauhausjubiläum auf Vorzeigbares verweisen zu können.

Dem Bekenntnis, dass das Bauhaus eines der Aushängeschilder der Stadt sei, stimmte **Herr Rumpf, Fraktion der CDU**, zu. Er habe jedoch Missfallen daran, dass die Vorlage sehr einseitig sei, dass das Gutachten auf die Machbarkeitsstudie aufbaue und dass damit bereits die

Richtung vorgegeben wurde. Er schlug vor, um ehrlich zu sein, den Titel „Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus“ zu ändern und ihn in „Besucher- und Ausstellungszentrum Bauhaus“ umzubenennen. Für ihn stelle sich die Frage, wie weit die nicht vorhandene Innenstadt verlagert werden soll. Zur Entscheidungsfindung seien weitere Diskussionen nötig.

Die Studie belege eindeutig die Sinnhaftigkeit des Standorts Sieben Säulen, erklärte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**. Auch für die Förderfähigkeit sei die Fokussierung sinnvoll. Den Schlossplatz müsse mit einer anderen Aufgabenstellung versehen. Hier sei eine Entscheidung zur Stärkung des Labels Bauhaus zu treffen.

Als überfällig bezeichnete **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, das Besucher- und Ausstellungszentrum für das Bauhaus. Die Standorte Schlossplatz und Lange Gasse bedürfen extra Diskussionen und Beschlüsse.

Die an der Studie geäußerte Kritik sei unverständlich, merkte **Herr Busch** an, da die Einzigartigkeit des Standorts Sieben Säulen mit dem Bauhaus, den Meisterhäusern und dem Gartenreich unbestritten sei.

Herr Dr. Neubert verwies darauf, dass die am Prozess Beteiligten an einem Strang ziehen. Das brauche die Stadt.

Der Beschluss sei heute nicht zu fassen, da eine inhaltliche Konzentration auf das Bauhaus erfolge, argumentierte **Herr Otto**. Folge-, Betriebs- sowie weitere Kosten fehlen, offene Fragen bleiben. Der Standortvergleich sei nicht zu Ende geführt. Diese klaren Aussagen und weitere Diskussionen seien notwendig für eine Beschlussfassung.

Je mehr Zeit man vergehen lasse, umso mehr freuen sich die Mitbewerber, so **Herr Hoffmann**. Hier sei die Arbeitsrichtung als richtig zu bestätigen und eine Entscheidung zu fällen.

Für ihn persönlich reiche die Anlage 3 der Vorlage für eine Abwägung der Standorte, erklärte **Herr Bähr**.

Einen Antrag zur Geschäftsordnung hinsichtlich der Beendigung der Debatte und Abstimmung der Beschlussvorlage, stellte **Herr Eichelberg, Fraktion der SPD**.

Er sei nicht gegen das Vorhaben, merkte **Herr Otto** an. Fraglich sei aber, ob die Eckbebauung am Standort Sieben Säulen die beste Lösung sei. Dagegen sprechen die Erweiterungsfähigkeit, der Denkmalstatus der Bebauung, die Parkplatzsituation und Einschränkungen hinsichtlich der Gestaltung. Beispielsweise sei der Standort des Impfstoffwerks als gleichwertig oder sogar besser geeignet zu betrachten.

Vor der Abstimmung reichte **Herr Busch** einen Änderungs- und einen Ergänzungsantrag ein:

1. Änderungsantrag zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages

Die Antragstellung zur Förderung des Vorhabens im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit dem Ziel der maximal möglichen Förderung ist unverzüglich vorzubereiten, mit der Stiftung Bauhaus abzustimmen und bei der Bewilligungsstelle einzureichen. Der Stadtrat ist quartalsweise über den Stand des Bewilligungsverfahrens zu unterrichten.

2. Ergänzungsantrag

Die Verwaltung wird beauftragt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Vorhabens zu schaffen, insbesondere die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes einzuleiten.

Die Abstimmung zum Änderungsantrag erfolgte im Anschluss.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus:

8 : 0 : 1

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt:

8 : 0 : 1

Als weiteren **Änderungsantrag** formulierte **Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**, die Beschränkung des Besucher- und Ausstellungszentrums auf die Bauhausstätten.

Diese inhaltliche Einengung sei wenig förderlich, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Nach intensiven Gesprächsführungen mit den Ministerien und dem Landesverwaltungsamt habe man sich auf die Begrifflichkeiten als Grundlage zur Bewilligung von Fördermitteln geeinigt.

Herr Dreibrodt zog daraufhin, seinen Änderungsantrag zurück.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus:

7 : 0 : 2

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt:

8 : 0 : 1

Die Vorlage wurde geändert bestätigt.

4. Öffentliche Anfragen und Informationen

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgten, wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

6. **Schließung der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus geschlossen.

Fortführung der Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

7. **Öffentliche Beschlussvorlagen**

7.1. **Städtebauliche Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser in Dessau-Roßlau, Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses Vorlage: DR/BV/412/2010/VI-65**

Nachdem die Thematik bereits vielfach auf der Tagesordnung des Gremiums stand, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, einfürend, müsse man aus heutiger Sicht resümieren, dass die Entscheidung, ein neues Architekturbüro für die Bauaufgabe auszuwählen, richtig war.

Mit der heute zu behandelnden Vorlage novellierte man den Gesamtmaßnahmebeschluss, dessen Inhalt nun die Zustimmung aller Beteiligten erhalten habe. Im Verlauf der Woche habe man die Planung mit den Vertretern von ICOMOS abgestimmt, im Ergebnis werde ein positiver Bericht nach Paris versandt.

Auf das bisher Geschaffte könne man mit Stolz blicken, die Umsetzung des Vorhabens werde zu einer erheblichen Qualitätssteigerung der Marke Bauhaus beitragen.

Auch durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurde die Entwicklung positiv und Impuls gebend für die Bauhausdekade bewertet. Zum vorgestellten Planungsstand stellte er den Änderungsantrag, den Beschlusspunkt 3 folgendermaßen zu ergänzen:

3a Bei der Freiraumgestaltung im Umfeld der Meisterhäuser ist die Alleebepflanzung in der Ebertallee zwingend zu erhalten. Die dazu notwendigen Maßnahmen sind dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt bis zum Mai 2011 vorzustellen.

Diese Flächen befänden sich außerhalb des Grundstücks, so **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, und seien somit durch den Maßnahmebeschluss nicht betroffen.

Herr Prof. Dr. Schmidt verwies auf die Seite 28 der Anlage zur Vorlage, auf der die Notwendigkeit zur Entnahme der Bäume beschrieben wurde.

Diesbezüglich sei auf die Seite 5 der Vorlage zu verweisen, so **Herr Bekierz**. Im zweiten Absatz sei vermerkt, dass die Gehwegbereiche nicht Inhalt der Maßnahme seien und entsprechende Maßnahmen weiterer Beschlüsse bedürfen.

Durch **Herrn Pätzold, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, wurde der Prüfauftrag erteilt, in der weiteren Planung Alternativen zur Ausführung der Trinkhalle und der Umfassungsmauer zu prüfen. Darüber hinaus sei die Unterbringung der Toilettenanlage in der Trinkhalle zu untersuchen.

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zur Unterbringung der Nutzungen Ticketverkauf, Buchshop und Garderobe im Haus Gropius trotz der gleichen Nutzungen im Besucher- und Ausstellungszentrum erläuterte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass die Planung so ausgerichtet sei, dass das Besucher- und Ausstellungszentrum nicht vorausgesetzt und Alternativen möglich seien.

Weitere Fragen äußerte **Herr Otto** zur Belüftung der Toilettenanlage im Bedarfsfall und zu den Kosten von 3,1 Mio. €, die ihm im Vergleich mit den Kosten zur Errichtung eines Einfamilienhauses extrem hoch erschienen.

Zur automatischen Belüftung der Toilettenanlage gab **Herr Bekierz** technische Erläuterungen. Bezüglich der Kosten verwies er auf den Toleranzbereich im Rahmen der Schätzung und die Qualitätsstandards, die sich bei diesen Objekten von denen bei Einfamilienhäusern unterscheiden. Darüber hinaus werde man neue Technologien verwenden, deren Kosten schwer zu fixieren seien, so dass man sich hier entsprechende Reserven vorbehalten habe.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Vor der Abstimmung erklärte sich **Herr Prof. Dr. Schmidt** dazu bereit, seinen Änderungsantrag aufgrund der protokollierten Äußerungen von Herrn Bekierz zurückzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

7.2. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens für das Vorhaben: Errichtung und Betrieb einer Geflügelanlage zur Haltung von 37.500 Elterntieren im OT Brambach Vorlage: DR/BV/343/2010/VI-61

Zu den Ergebnissen der Ortschaftsratssitzung Brambach unter Beteiligung des Ausschussvorsitzenden Herrn Schönemann informierte **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz**. Demnach bleibt der Ortschaftsrat bei seinem ablehnenden Beschluss zur Vorlage. Man habe im Ortschaftsrat eine anregende Diskussion zum Thema geführt, ihr persönlicher Eindruck war, dass man sich mit der Anlage abgefunden habe.

Ergänzend verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf den Ablauf der Frist zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens. Dem Antrag auf Fristverlängerung sei seitens des Landesverwaltungsamtes nicht stattgegeben worden, so **Frau Dr. Kegler**.

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zur geplanten Besichtigung einer ähnlichen Anlage, informierte **Frau Dr. Kegler** mit dem 6. oder 13.11.10 über zwei Termine, die durch den Ortschaftsrat derzeit geprüft werden. Entsprechende Einladungen werden durch Herrn Schönemann organisiert.

Zur Frage von **Herrn Dreibrodt, Fraktion der SPD**, welche Frist abgelaufen sei und wer diese versäumt habe, erläuterte **Frau Dr. Kegler** das bisher abgelaufene Verfahren zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens, die Termine des Eingangs der Planunterlagen, der nachfolgenden Fristsetzung zur Prüfung durch die Fachbehörden und der abschließenden Behandlung im Fachausschuss. Fakt sei, dass der Beschluss als reine Formsache zu bewerten sei, da das Landesverwaltungsamt das gemeindliche Einvernehmen ansonsten ersetzt hätte.

Somit sei die Entscheidung hinfällig, wertete **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Eher sei der Beschluss als symbolisch und positiv für die geplante Investition zu werten, so **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 1 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, mehrheitlich bestätigt.

8. Standort ehem. Junkalor, Altener Straße

Als zusammenfassendes Ergebnis aus der letzten Sitzung am 23.09.10 und Grundlage der heutigen Entscheidungsfindung zum Moratorium über die Abrissarbeiten am Standort ehemals Junkalor beschrieb **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, als bis zum heutigen Tag zu klärende Punkte die statischen Untersuchungen für die Tageslichthalle, die Vorlage eines Finanzierungskonzeptes zur Sanierung und Betrieb sowie die Klärung des künftigen Eigentumsstatus' der Flächen und Gebäude. Nach Rücksprache mit Herrn Schöne mann konnte bis zur letzten Woche seitens der Hochschule Anhalt, Herrn Prof. Pinkau keine Aussage getroffen werden. Er richtete die Fragen an den Verein, dem zur Beantwortung das Rederecht eingeräumt wurde.

Herr Tornack, Verein „Industriekultur Hugo Junkers“ führte aus, dass seitens des Vereins in der Zwischenzeit keine weiteren Aktivitäten unternommen worden. Hierzu sei kein Auftrag erteilt worden. Die Statik war von der Hochschule Anhalt zu erarbeiten.

Nachdem man nunmehr trotz Zusage der Hochschule heute keine Ergebnisse der statischen Untersuchungen vorliegen habe und seitens des Investors kein Interesse an der Verwertung der Tageslichthalle vorliege, müsse man, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, mit aller Konsequenz am heutigen Tage das Moratorium aufheben. Der Bebauungsplan befinde sich in Erarbeitung, die Finanzierung der Revitalisierungsmaßnahmen sei bis zum September 2011 befristet. Um Schaden von der Stadt abzuwenden, sei eine Entscheidung zwingend erforderlich.

Der Anmerkung von **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zur Notwendigkeit einer Beschlussvorlage, um die Bemühungen des Vereins endgültig zu beenden, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass die bestehenden Beschlusslagen zu beachten seien. Demnach trete nach Aufhebung des Moratoriums der Beschluss zur Beräumung des Geländes, ausschließlich Verwaltungsgebäude und Rundbogenhalle, wieder in Kraft.

Wenn keine neuen Erkenntnisse vorgebracht werden, hinterfragte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, setzen sich entsprechende Automatismen in Gang.

Konkret hieße das, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass das mehrmals verlängerte Moratorium aufgehoben werde und die Beräumung des Geländes als Grundlage der Schaffung neuer Infrastruktur in Vorbereitung von Ansiedlungen erfolge. Für die Rundbogenhalle, deren Umsetzung zum Gelände des Fördervereins Technikmuseum Hugo Junkers vorgesehen war, habe ein Investor einen Kaufantrag abgegeben. Dadurch sei eine Umsetzung nicht mehr möglich. Der Verein wurde bereits durch den Oberbürgermeister von der neuen Sachlage informiert. Verwaltungsgebäude und Rundbogenhalle bleiben somit als Ensemble bestehen.

Die Frage von **Herrn Hartmann**, ob der Verkauf an bestimmte Bedingungen geknüpft sei, bestätigte **Frau Guth, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing**, mit Bedingungen hinsichtlich der Auflagen aus der GA-Förderung und des Denkmalschutzes.

Durch **Herrn Trocha, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde nach Abfrage des Meinungsbildes festgestellt, dass einer Verlängerung des Moratoriums keine Zustimmung des Gremiums erteilt werde und dieses mit sofortiger Wirkung aufgehoben sei.

9. Öffentliche Anfragen und Informationen

9.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

9.2. Sonstige Anfragen und Informationen

Durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurden die Terminstellungen zur Vorstellung des Masterplans Innenstadt in den Gremien sowie der Sachstand in der Bearbeitung des Programms „Soziale Stadt“ insbesondere die Fortführung der Arbeit des Quartiermanagement hinterfragt.

Aus Gründen der Personalreduzierung, der Kapazitätsbindung durch die Internationale Bauausstellung den komplexen Prozess der Leitbilderstellung, der Vorbereitungen zur Novellierung des Stadtentwicklungskonzeptes und der Weiterführung des IBA-Themas in Richtung Modellstadt für Schrumpfung und demografischen Wandel sowie des eigenen Anspruchs hinsichtlich der Qualität der einzureichenden Unterlagen habe man, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, in der Bearbeitung anderer Themen etwas Tempo herausnehmen müssen. Er bat um Verständnis, dass er zu den angefragten Themen keine konkreten Terminstellungen nennen könne.

Darüber hinaus verfüge man bis zum heutigen Tag nicht über die ausreichende Datenbasis, um die Untersuchungen zum Abschluss zu bringen. Halbfertige Unterlagen werde man nicht vorstellen.

Am Beispiel Leitbild erläuterte Herr Hantusch, dass nach fertiger Planung und Zustimmung in den Gremien die Inhalte wieder zerredet worden. Nunmehr werde man in einer interfraktionellen Beratung am 23.10.10 wegweisende Entscheidungen treffen müssen. Es mache keinen Sinn, alles zu wollen. Es seien klare Leitplanken zu setzen und zu klären, was wichtig und was leistbar sei. Darüber hinaus seien Prioritäten zu setzen und ein Gesamtkonsens mit der Politik herbei zu führen.

Für das Programm „Soziale Stadt“ müsse man in Betracht ziehen, dass, nachdem Projekte bewilligt worden, neue Entwicklungen eingetreten seien, die eine erneute Prüfung der Verwendung der Fördermittel notwendig machen. Bereits vor vier Wochen habe man die Prüfung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Etablierung eines soziokulturellen Bürgerzentrums in der Heideschule dem Dezernat V übergeben. Eine entsprechende Positionierung zu den Ergebnissen der Untersuchung stehe bislang aus. Seitens des Dezernats VI seien jedoch die Aufgaben entsprechend der Zuständigkeit abgeschlossen.

Zum Quartiermanagement erklärte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass der Vertrag mit dem beauftragten Planer zum Ende des Jahres auslaufe und das Büro des Quartiermanagers fristgerecht gekündigt wurde. Eine Fortführung sei derzeit nicht möglich, da man Gefahr laufe, das geforderte Verhältnis nicht investiver zu investiver Maßnahmen nicht einzuhalten.

Damit werde, so **Herr Prof. Dr. Schmidt**, ein Beschluss zur Fortführung des Quartiermanagements missachtet.

Nach derzeitigem Stand, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**, müsse man der Rückforderung nicht zweckentsprechend eingesetzter Fördermittel vorbeugen. Deshalb habe man, bis zur Entscheidung hinsichtlich der investiven Maßnahmen, ein Moratorium verhängt, um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden.

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, nach den zur Gegenfinanzierung notwendigen Eigenmitteln zur Umsetzung der investiven Maßnahmen, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass aufgrund der ausstehenden Prüfung der Nachhaltigkeit der umzusetzenden Maßnahmen keine Mittel in die aktuelle Haushaltsplanung eingestellt seien.

Die Funktionsfähigkeit der Umleitungsstrecken aufgrund der Baumaßnahmen am Kreisel Sieben Säulen sei positiv zu bewerten, so **Herr Otto**. Lediglich die ausgefahrenen Stellen im Bereich Ebertallee seien umgehend zu schließen. Im Vergleich sei der Fortschritt an der Baustelle Kühnauer Straße eher als schleppend zu bezeichnen.

Eine diesbezügliche Prüfung sagte **Herr Beigeordneter Hantusch** zu.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Trocha, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:35 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

11. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Trocha, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 19:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 06.12.10

Harald Trocha
Stellvertretender Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

VI

Anlage:

Anwesenheitsliste